

Corona-Skeptiker machen sich an Schulen breit ► Polizei machtlos gegen

«Der Anblick maskierter Menschen tut mir seelisch nicht gut»

Die Nidwaldner Lehrerin **Prisca Würgler** lehnt Corona-Schutzmassnahmen ab – mit haarsträubenden Argumenten



MICHAEL SAHLI

Klassenlehrer und Corona-Skeptiker: Bei dieser Kombination ist Ärger programmiert. Trotzdem gibt es Lehrerinnen und Lehrer, die sich weigern, die Schutzmassnahmen im Schulzimmer umzusetzen. Mehr noch: **Sie versuchen, Schüler und Eltern von ihren Ansichten zu überzeugen** – einige Pädagogen sind deshalb ihre Jobs bereits los.

«Ich lebe auf einem Affenplaneten», klagt ein Ostschweizer Musiklehrer* in einem Skeptiker-Forum auf Telegram. «Ich bin soeben freigestellt worden.» Grund: Der Musiker will seinen Schülern weiterhin die Hand schütteln. Dafür wandte er sich mit einem Brief an die Eltern: «Ich habe entschieden, der

Bin soeben ab sofort freigestellt worden, da ich den Schülern mit deren elterlichen und schriftlichen Einwilligung die Hand geschüttelt habe. Ich lebe auf einem Affenplaneten!

Mehrere Lehrer berichten, dass sie wegen ihrer Aktionen freigestellt wurden, so auch ein Ostschweizer Gitarrenlehrer.

Empfehlung des Bundesamts für Gesundheit, den Kindern nicht die Hand zu schütteln, mit Ihrer Einwilligung nicht nachzukommen», schreibt er. Auf einem Talon sollten die Eltern dann ankreuzen, ob sie damit einverstanden sind. Kein Einzelfall.

Eine Lehrerin* für Textiles und Technisches Gestalten an einer Primarschule im Kanton Zürich ignoriert anfangs die Maskenpflicht einfach. «Ich habe den Kindern heute gesagt, dass ich in besonderen Situationen die Maske weglassen darf.



Manche Lehrpersonen tragen ihren Kampf gegen die Schutzmassnahmen auf dem Pausenplatz aus und greifen zur Kreide wie hier in einer Schule in Pfäffikon.

Ich finde, jede Situation ist besonders», macht sie sich lustig. **Auch 1,5-Meter-Abstand könne sie «selbstverständlich» nicht einhalten.**

Mitte Oktober geht sie noch einen Schritt weiter. «Vielleicht

bringt es etwas, wenn wir die Pausenplätze mit Kreide verschönern», schreibt sie ins Forum. «Hab gestern mal eine nächtliche Tour gemacht.» Sie hängt auch Beweisfotos an. «Liebe Kinder, zieht euch nie-

mals eine Maske an», steht da auf Schulplätzen. Oder: «Knuddelt Omis und Opis.» Bei der betroffenen Primarschule in Pfäffikon ZH bestätigt man, die Nachrichten auf dem Pausenplatz gefunden zu haben. Die

Lehrerin gibt zu, die Urheberin zu sein, will sich aber nicht weiter dazu äussern.

In Emmetten NW organisierte die Lehrerin Prisca Würgler eine Corona-Demo, die in Altdorf UR stattfand. **Man respektiere das Recht auf freie Meinungsäusserung, schreibt der verantwortliche Schulrat Ivo Wittwer dazu.** Aber: «Bereits damals war uns jedoch das Konfliktpotenzial bewusst.»

Anfang November kam dann die Maskenpflicht. «Damit wurde eine rote Linie überschritten. Das ist ein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit», sagt Würgler zu BLICK. Ihr werde unter der Maske schlecht. Überhaupt: «Der Anblick maskierter Menschen tut mir auch seelisch nicht gut.» **Sie habe ein ärztliches Attest. Eine Gefahr für andere sei sie nicht,** sie sei auch bereit gewesen, die anderen Schutzmassnahmen mitzutragen.

Corona-skeptische Eltern verweigern Schulpflicht

Masken-Streit geht auf Kosten der Kinder

Ein Kanton nach dem anderen hat in den vergangenen Tagen die Corona-Massnahmen verschärft. Inzwischen gilt in einer Mehrheit der Kantone für Schülerinnen und Schüler nicht erst an Berufsschulen und Gymnasien Maskenpflicht, sondern schon ab der Oberstufe. **In einigen Schulen dürfen die Jugendlichen die Maske nicht einmal im Sportunterricht absetzen.** Lehrpersonen müssen teilweise bereits ab dem Kindergarten Masken tragen.

An manch einer Schule sorgen die Verschärfungen für Ärger. Aufgebrachte Eltern wehren sich mit Briefen und Attesten gegen die Maskenpflicht. Auch Bildungsdepartemente bekommen in diesen Tagen dicke Post. Schulleiterinnen und Regierungsräten wird mit Anzeigen gedroht. Es gibt sogar Maskenverweigerer, die ihre Kinder deswegen nicht mehr zur Schule schicken, wie Anfragen bei kantonalen Bildungsdepartementen zeigen. So teilt der Kanton St. Gallen mit, dass man Kenntnis von Einzelfällen habe, in denen Eltern sich weigern, dass ihr Kind eine Maske trägt, oder es wegen der Maskenpflicht sogar zu Hause behalten.



«Die Alternative zu den Masken wäre, dass wir wieder die Schulen schliessen»: Thomas Minder, oberster Schulleiter des Landes.

Der Widerstand ist teilweise organisiert. **Auf dem Messengerdienst Telegram, einem Tummelplatz für Corona-Skeptiker, haben sich in den vergangenen Tagen zahlreiche Gruppen besorgter Eltern gebildet.** Darin werden Musterbriefe geteilt, in denen Schulleitungen und Lehrer gewarnt werden, dass sie sich angeblich der Nötigung strafbar machen würden, wenn sie «auf dem Gesichtshülungsdruck bestehen».

Schützenhilfe leistet den Maskenverweigerer-Eltern ein Rechtsanwalt aus Graubünden.

Dr. Heinz Raschein hat sich in der Skeptiker-Szene längst einen Namen gemacht. Familien legen ein von ihm unterzeichnetes «Sach- und Rechtsattest» vor, wenn sie ihre Kinder ohne Maske in die Schule schicken.

Den Kantonen ist das Schreiben bekannt. **Man habe die Schulen darauf hingewiesen, dass solche Atteste nicht zu beachten seien,** sagt Charles Vincent, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung des Kantons Luzern. Auch das Bildungsdepartement des Kantons Aargau teilt auf Anfrage mit, dass man

nur medizinische Atteste akzeptiere.

Die Eltern geben ihren Widerstand nicht auf. Im Kanton Zürich hat Raschein eben erst im Namen von 14 Eltern Rekurs gegen das kantonale Schutzkonzept eingereicht.

Doch statt den Behörden drohen vielmehr den renitenten Eltern juristische Konsequenzen. Weigern sie sich konsequent, dass ihr Kind eine Maske trägt, stelle das einen Verstoß gegen die elterliche Mitwirkungspflicht dar, stellt das Bildungsdepartement des Kantons

St. Gallens auf Anfrage klar. Die Konsequenz: eine Verwarnung oder Busse, in schweren Fällen sogar eine Anzeige. **Im Kanton St. Gallen beträgt die Höchstbusse laut Gesetz 1000 Franken,** in anderen Kantonen kann es deutlich mehr sein.

Je nach Kanton drohen aber auch unentschuldigte Absenzen, wenn Kinder wegen der Maskenpflicht dem Unterricht fernbleiben. Das teilt beispielsweise der Kanton Luzern mit. Damit kommen Kinder im Streit zwischen Behörden und renitenten Eltern nicht nur zwi-

schen die Fronten, sondern drohen auch noch dafür bestraft zu werden.

Dies beunruhigt Thomas Minder, Präsident des Verbands der Schulleiterinnen und Schulleiter. «Ich bin auch nicht begeistert von der Maskenpflicht an den Schulen und sehe gewisse Schwierigkeiten. **Auch für die Lehrpersonen ist die Situation nicht einfach,** sagt er. Aber es gehe derzeit nicht anders. «Die Alternative zu den Masken wäre, dass wir wieder die Schulen schliessen. So weit darf es nicht kommen!» LEA HARTMANN



Diese Schüler einer Mittelschule in Locarno tragen auch während des Unterrichts eine Maske.



Prisca Würgler organisierte im Kanton Uri eine Corona-Demo.

Der Schulrat schreibt: **Man habe «umfangreiche Massnahmen» auf dem ganzen Schulareal erlassen.** So sollte der Unterricht «sowohl in Anerkennung des vorliegenden Arztzeugnisses als auch unter Berücksichtigung der geltenden Schutzvorschriften» weitergehen. Am Ende scheiterte die Zusammenarbeit trotzdem: Die Lehrerin ist freigestellt. Die Organisation der Demo und in diesem Rahmen «öffentlich gemachten Aussagen» hätten zu diesem Schritt geführt, so der Schulrat.

Beim Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV und dem Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz heisst es auf Anfrage: **Es handle sich hier um Einzelfälle.** Zwar bringe die Maske tatsächlich Einschränkungen im Unterricht. Aber: Das Wichtigste sei, dass die Schulen nicht mehr geschlossen werden müssen.

* Namen der Redaktion bekannt

169 Corona-Tote übers Wochenende

Die Corona-Neuinfektionen gehen leicht zurück. Für das Wochenende meldete das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern insgesamt 17 309 neue Ansteckungen. Vor Wochenfrist waren es 21 926 neue Fälle gewesen. Allerdings waren vor einer Woche auch 15 000 Tests mehr gemacht worden.

Bundesrat Alain Berset (48) bezeichnete die Zahlen der letzten Tage gestern in Delsberg als «ein bisschen ermutigend». Es wäre aber verfrüht, einen Trend auszumachen. Zudem sind nur die Neuinfektionen rückläufig: Bei Spitaleintritten und Todesfällen steigen die Zahlen noch immer an: Das BAG vermeldete gestern 536 Hospitalisationen, in der Vorwoche waren es 497. Zudem starben am Freitag, Samstag und Sonntag 169 Menschen in der Schweiz an Corona. Insgesamt kostete das Virus hierzulande bereits 2576 Menschen das Leben. Sermin Faki

Zürcher Studie zeigt

Jeder Fünfte leidet Monate

Ist eine Covid-19-Erkrankung erstmal überstanden, geht es bergauf? Nicht ganz. Jeder Fünfte leidet an Langzeitfolgen. Das berichtet die «Basler Zeitung» über eine Corona-Studie der Uni Zürich. Diese hat bereits über 100 Personen befragt, die sich während der ersten Coronawelle angesteckt haben. Bis zu 800 Befragungen sollen es am Ende sein. Das Zwischenergebnis ist erschreckend: 22 Prozent der Infizierten spüren nach sechs Monaten noch Folgen ihrer Corona-Erkrankung. **Durchschnittlich dauerten die Beschwerden 20 Tage.** Doch bei jedem Fünften dauerten sie über Monate an. Als Langzeitsymptome gelten insbesondere Erschöpfung, Müdigkeit, Geschmacksverlust und Gelenkschmerzen. «Die Beeinträchtigungen sind nicht bei allen Teilnehmern schwerwie-

gend», sagt Forscherin Tala Ballouz zur «Basler Zeitung». «Aber es geht den Betroffenen deutlich weniger gut als vor der Covid-Erkrankung.» Von den 23 Betroffenen, die sich auch nach einem halben Jahr nicht fit fühlten, waren sechs auffällig erschöpft und müde, zwei litten immer noch unter Geschmacksverlust und zwei weitere unter Gelenkschmerzen. **Es sind eher ältere Menschen, die dazu tendieren, Langzeitsymptome zu entwickeln.** 35 Prozent der Langzeit-Erkrankten wurden im vorangegangenen Verlauf der Krankheit hospitalisiert. Die Zürcher Studie ist noch nicht abgeschlossen. Die Forscher relativieren aber, dass ihre Werte etwas hoch liegen könnten, weil in der ersten Welle im Vergleich zu jetzt häufiger schwere Covid-19-Fälle getestet wurden. CELINA EUCHNER

Bundesrat soll Gesetz gegen Renitente erlassen

Kantone wollen schneller Bussen verteilen dürfen



Die Polizei kontrolliert am 31. Oktober Corona-Skeptiker auf dem Bundesplatz in Bern. Zurzeit halten sich die Ordnungshüter mit Strafen zurück.

Im Frühling sprach der Bundesrat ein Machtwort: Wer gegen Corona-Regeln wie Ansammlungsverbot oder 2-Meter-Abstand verstösst, muss blechen. Mit Ordnungsbussen von 100 Franken konnte die Polizei Corona-Verweigerer zähmen.

Tempi passati. **Mit dem Ende der ausserordentlichen Lage im Juni fiel auch das Ordnungsbussen-Regime weg.** Angesichts der damals weitgehend entspannten Lage kein Problem.

Doch mit den im Oktober verschärften Regeln mit Versammlungslimiten oder ausgeweiteter Maskenpflicht sind die Polizeikräfte wieder stärker gefordert. Ausgerechnet jetzt fehlen ihnen Ordnungsbussen als probates Druckmittel. Der Bund verzichtet in der Corona-Verordnung nämlich «angesichts der im Zentrum stehenden Eigenverantwortung und mit Blick auf das Verhältnismässigkeitsprinzip» bewusst auf eine spezifische Strafbestimmung bei den Verhaltensregeln.

Fehlbare können einzig via Anzeige mit einem aufwendigen Strafverfahren sanktioniert werden. Zwar sind Bussen bis maximal 10 000 Franken denkbar. Doch bei leichten Verstössen bleibt es bei tiefen Bussen – da wäre es unverhältnismässig, den ganzen Justizapparat in Bewegung zu setzen. Die Ordnungshüter sind in der Zwickmühle und halten sich zurück.

Kein Wunder, rufen die Kantone deshalb nach einer Rück-

kehr zum Ordnungsbussen-Regime. In den beiden Kurz-Konsultationen zu den Corona-Verschärfungen machten sie Druck auf Bundesrat Alain Berset (48). **«Für die Durchsetzung ist es wichtig, dass die Bestrafung geringfügiger Übertretungen im Ordnungsbussenverfahren möglich ist»**, betonte die Gesundheitsdirektoren-Konferenz (GDK) in ihrer Stellungnahme, die BLICK vorliegt.

Es handle sich um eine sehr breit geäusserte Forderung, sagt GDK-Generalsekretär Michael Jordi auf Anfrage. «Nicht jeder, der keine Maske trägt, soll gleich eine Ordnungsbusse erhalten», erklärt er. **«Mit der Bussen-Option könnte die Polizei aber dosiert Druck ausüben und die Betroffenen im Gespräch eher von der Einhaltung der Regeln überzeugen.»** Ein Strafverfahren hingegen dauere mehrere Monate und sei mit grossem Aufwand für alle Seiten verbunden.

Jordi bedauert, dass die Ordnungsbussen-Option nicht explizit im Covid-19-Gesetz geregelt worden sei. Er macht klar: «Der Bundesrat sollte eine gesetzliche Lösung im Hinblick auf die Winteression prüfen.»

Doch der Bund winkt ab. «Es bedingt die Änderung des Ordnungsbussengesetzes im Rahmen eines ordentlichen Verfahrens», sagt Daniel Dauwalder vom Bundesamt für Gesundheit. «Das ist im Moment nicht vorgesehen.» RUEDI STUDER